

Die Schweiz wartet auf Donald Trump

Im Zollstreit ist eine Einigung zwischen Bern und Washington näher gerückt

HANSUELI SCHÖCHLI

Kommt sie nun demnächst? Oder geht es doch noch drei Monate? Oder kommt sie gar nicht? Solche Spekulationen über eine mögliche Lösung des von Donald Trump angezettelten Zollstreits mit der Schweiz gehören seit April dieses Jahres zum Inventar auf der Schweizer Politik- und Medienbühne. Zurzeit ist man wieder etwa gleich weit wie im Juli: Auf technischer Ebene scheint es eine Einigung zu geben, doch es braucht noch die offizielle Zustimmung des amerikanischen Präsidenten.

Ob es in diesen Tagen zu einer Zustimmung kommt, wie Agenturberichte und andere Stimmen vermuten lassen, muss sich noch zeigen. Immerhin hat sich am Mittwoch auch der Bundesrat mit dem Thema befasst, wie Regierungssprecherin Nicole Lamon vor den Medien bestätigte. Das ist in Kombination mit Rückmeldungen von Beobachtern ein Hinweis darauf, dass die Chancen auf eine bevorstehende Grundsatzeinigung gestiegen sind. Dass es noch in

der laufenden Woche zu einer Einigung kommt, wollte die Bundesratssprecherin weder bestätigen noch dementieren: Die Diskussion zwischen den beiden Ländern gehe weiter, und man werde informieren, wenn Spruchreifes vorliege.

Auf Schweizer Seite ist das Wirtschaftsdepartement von Bundesrat Guy Parmelin federführend in den Verhandlungen, auf der amerikanischen Seite ist es der Handelsbeauftragte Jamieson Greer. Die beiden hatten vergangenen Freitag an einem Videotreffen ein «sehr konstruktives» Gespräch, wie Parmelin damals sagte. Anfang dieser Woche war Staatssekretärin Helene Budliger für Gespräche nach Washington gereist.

10 Prozent der Gesamtexporte

Ob der amerikanische Handelsbeauftragte schon das Plazet seines Präsidenten für die mögliche Vereinbarung erhalten hat, war am Mittwoch zunächst unklar. Trump hatte am Montag erklärt, dass man an einem Deal arbeite zur Reduktion des amerikanischen Import-

zolls von 39 Prozent für viele Güterimporte aus der Schweiz.

Gemessen am Exportvolumen von 2024 sind laut Bundesangaben rund 60 Prozent der Schweizer Güterausfuhren in die USA von diesem Zoll betroffen. Die gewichtigste Ausnahme sind Medikamente. Gemessen an den weltweiten Güterexporten aus der Schweiz trifft der amerikanische Sonderzoll gemäss Bund etwa 10 Prozent.

Die Schweizer Regierung ist ein gebranntes Kind. Diesen Juli waren die Schweizer gestützt auf eine Einigung auf technischer Ebene sehr optimistisch und hatten sich auf eine rasche Verkündung vorbereitet – bis Anfang August das überraschende Nein von Donald Trump kam, verbunden mit dem Zollhammer von 39 Prozent.

Im Raum steht nun eine Reduktion von 39 Prozent auf 15 Prozent. Das entspricht dem amerikanischen Zoll für Güterimporte aus der EU. 15 Prozent liegen immer noch ein Vielfaches über den bis März 2025 geltenden Importzöllen der USA für die betroffenen Schwei-

zer Güter; laut Bundesangaben betrugen die Importzölle der USA auf Industrieprodukten zuvor im Mittel etwas über 2 Prozent. Wenigstens wären 15 Prozent deutlich weniger schlecht als 39 Prozent, und die Schweizer Exporteure wären auf dem amerikanischen Markt nicht mehr benachteiligt gegenüber den EU-Exporteuren.

Vervielfachung des Zollniveaus

Die Schweiz müsste im diskutierten Deal erhebliche Konzessionen machen. Die Liste diskutierter Zugeständnisse reicht von Investitionsversprechen über Zollsenkungen für gewisse Agrarimporte bis zur Reduktion von Schweizer Goldraffinerien für den amerikanischen Markt. Und dies dafür, dass die amerikanischen Importzölle im Vergleich zum März 2025 «nur» etwa auf das Sechs- bis Siebenfache steigen statt auf mehr als das Fünfeinfache. Die Schweizer Konzessionen gäbe es, obwohl die helvetischen Importzölle schon im März 2025 tiefer lagen als das dama-

lige Zollniveau der USA. Auf Industriegütern verlangt die Schweiz seit 2024 überhaupt keine Importzölle mehr.

Eine offizielle Vereinbarung in den nächsten Tagen würde in den hauptbetroffenen Schweizer Exportsektoren wie etwa der Maschinenindustrie und der Uhrenindustrie für Erleichterung sorgen. Doch auch damit gäbe es noch keine Planungssicherheit.

Zum einen ist noch kein rechtsgültiger Vertrag zu erwarten, sondern «nur» eine gemeinsame Absichtserklärung. Diese wäre noch konkret umzusetzen, was Potenzial für neue Meinungsverschiedenheiten eröffnet. Das zeigen die Erfahrungen der EU, die im August eine gemeinsame Absichtserklärung mit den USA unterzeichnet hatte: Kaum war die Tinte trocken, säte Donald Trump mit einer äusserst eigenwilligen Interpretation neue Unsicherheit.

Zum anderen sind auch unterschriebene Verträge mit der Regierung Trump angesichts des wechselhaften Politikwetters in Washington alles andere als ein Garant für Stabilität.

Bürgerdienstpflicht bremst regulären Arbeitsmarkt

Die Abstimmungsvorlage zum «Service Citoyen» würde jährlich Zehntausende von Frauen von ihrem Hauptberuf abhalten

HANSUELI SCHÖCHLI

Das Volk stimmt am 30. November nicht nur über die Erbschaftssteuerinitiative der Jungsozialisten ab. Zur Debatte steht auch die Volksinitiative für eine allgemeine Bürgerdienstpflicht. Die ersten Umfragen vom Oktober zeigten ebenso viele Sympathisanten wie Skeptiker – obwohl von den etablierten politischen Parteien nur die Grünliberalen und die EVP die Ja-Parole ausgaben.

Im 27-köpfigen Initiativkomitee sitzen Personen aus verschiedenen politischen Lagern. Der verlangte Bürgerdienst («Service Citoyen») soll laut den Urhebern den Sollbestand von Armee und Zivilschutz sichern sowie das Gemeinschaftsgefühl im Land stärken. In einer Umfrage von Anfang dieses Jahres bei gut 2000 Personen für die jüngste Sicherheitsstudie der ETH sprachen sich rund zwei Drittel für einen allgemeinen obligatorischen Bürgerdienst für Schweizer Männer und Frauen aus.

Allerdings bieten allgemeine Fragen keine verlässliche Prognosebasis für Abstimmungen. Der Bundesrat hatte es 2022 in einem Bericht zum Dienstpflichtsystem wie folgt gesagt: «Die abstrakte Idee einer Dienstleistung für die Gemeinschaft ist populärer als deren konkrete Umsetzung mit einer Dienstpflicht.»

Doppelt so viele Pflichtige

Die Initiative verlangt eine Dienstpflicht für alle Männer und Frauen mit Schweizer Pass – was die Zahl der Dienstpflichtigen pro Jahr laut Bundesrat von heute rund 35 000 auf 70 000 Personen verdoppeln würde. Sie garantiert den Sollbestand für die Armee und

Bürgerdienstpflicht

Eidgenössische Abstimmung
vom 30. November 2025

den Zivilschutz. Wenn der Armee Personal fehlte, gäbe es somit keine freie Wahl zwischen Militär- und Zivildienst. In der Praxis dürfte aber die Initiative zu einem starken Ausbau des Zivildienstes führen, da die Zahl der Dienstpflichtigen weit über die Bedürfnisse der Armee und des Zivilschutzes hinausginge. Und: Wer als Dienstpflichtiger keinen Dienst leistet, müsste eine Ersatzabgabe zahlen.

Aus ökonomischer Sicht würde die Initiative dem regulären Arbeitsmarkt jedes Jahr Zehntausende von Arbeitskräften entziehen, obwohl es dafür weder für die Armee noch für den Zivilschutz eine Notwendigkeit gibt. Vor



Die Bürgerdienst-Initiative will sicherstellen, dass Armee und Zivilschutz genügend Leute bekommen.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

allem deshalb lehnen die Wirtschaftsverbände die Vorlage ab. «Wegen der Ausweitung der Dienstpflicht würden rund doppelt so viele Personen wie heute während des Dienstes am Arbeitsplatz fehlen», schreibt der Gewerbeverband in der jüngsten Ausgabe seiner Verbandszeitung. Das hätte laut dem Verband speziell für Klein- und Mittelbetriebe gravierende Folgen, da diese mit besonders hohen Zusatzkosten zur Kompensation der Abwesenheiten rechnen müssten.

Die Gewerbevertreter kritisieren auch die mit der Ausweitung verbundene Verdoppelung der Kosten für die Erwerbsersatzordnung von rund 800 Millionen auf 1,6 Milliarden Franken pro Jahr. Die genannten Zahlen entsprechen der Schätzung des Bundesrats. Ähnlich argumentiert der Arbeitgeberverband.

Auch der Zivildienst leistet einen Beitrag an die Gesellschaft. Zu den Einsatzgebieten zählen unter anderem Altersheime, Schulen, Spitäler und Naturschutzorganisationen. Doch wenn man Personen vorübergehend von ihren Berufen wegzieht hin zu einer Tätigkeit, für die sie nicht speziell qualifiziert sein mögen, ist aus ökonomischer Sicht mit Produktivitätseinbussen zu rechnen. Und Zivildienste von Studenten führen bei sonst unverändertem Verhalten zu

einem späteren Eintritt der Betroffenen in den regulären Arbeitsmarkt.

33 000 Vollzeitstellen

Der Bundesrat hatte 2022 in seinem Bericht zum Dienstpflichtsystem folgende Rechnung aufgestellt: Mit einer allgemeinen Bürgerdienstpflicht würde sich die Zahl der jährlichen Dienstage von knapp 8 Millionen auf gut 15 Millionen verdoppeln – die Zunahme ergäbe umgerechnet rund 33 000 Vollzeitstellen.

Die Initianten verweisen auf eine Studie der Wirtschaftsuniversität Wien von 2024 über den Zivildienst in Österreich. Der Befund der im Auftrag des Staats erstellten Analyse zum Vergleich zwischen dem Status quo und einem Szenario ohne Zivildienst: Der ökonomische und der gesellschaftliche Nutzen des Zivildiensts überstiegen dessen Kosten deutlich.

Für die monetäre Bewertung der Zivildienst-Stunden verwendeten die Studienautoren die durchschnittlichen Personalkosten von hauptamtlichen Mitarbeitern. Der Haupttreiber des positiven Studienergebnisses ist laut den Autoren der «Ehrenamteffekt»: Rund ein Drittel der Zivildienstler blieben nach Erfüllung der Dienstpflicht als Ehrenamtliche. Die Studienauto-

ren sagen, dass gemäss Rückmeldung von Zivildiensteinrichtungen ohne den genannten Effekt nur etwa 35 Prozent der Ehrenamtsstunden durch Externe oder durch Mehrarbeit der Angestellten kompensiert werden könnten. Einiges hängt hier davon ab, inwieweit die zusätzlichen Ehrenamtsstunden andere «produktive» Tätigkeiten verdrängen.

Nachholbedarf?

«Die Studie überschätzt den Nutzen des Zivildienstes deutlich», betont Patrick Chuard-Keller, Chefökonom des Schweizerischen Arbeitgeberverbands. Die Annahmen zum Ehrenamts-effekt seien «sehr wacklig», und die Bewertungen setzten einfache Hilfstätigkeiten mit der Arbeit von Fachkräften gleich. «Unter realistischen Annahmen dürfte der ökonomische Effekt klar negativ sein», sagt Chuard-Keller, «weil es ökonomisch widersinnig ist, Arbeitskräfte aus produktiver Beschäftigung zu ziehen, um sie für Tätigkeiten einzusetzen, die unter ihrem üblichen Lohn- und Produktivitätsniveau liegen.» Die Studienautoren betonten diese Woche auf Anfrage, dass ihre Rechnungen auf Befragungen von Zivildienstlern und deren Arbeitgebern beruhten.

Die Schweizer Volksinitiative soll auch das Gemeinschaftsgefühl fördern.

Wer darauf setzt, muss annehmen, dass die Frauen hier Nachholbedarf haben: Für die Schweizer Männer gibt es den Bürgerdienst bereits. Allerdings geht es bei der Volksinitiative wie bei den bestehenden Diensten um einen Zwang und nicht um Freiwilligenarbeit. Und zudem soll die Pflichterfüllung durch Erwerbsausfallentschädigung bezahlt werden.

Zwei Modelle im Rennen

Der Bundesrat denkt seit einigen Jahren über neue Modelle der Dienstpflicht nach. Im erwähnten Bericht aus dem Jahr 2022 hatte die Landesregierung vier Modelle studiert und zwei davon verworfen. Im Rennen blieb die «Sicherheitsdienstpflicht». Sie würde nur für Männer gelten. Dieses Modell fasst Zivilschutz und Zivildienst unter einer neuen Organisation namens Katastrophenschutz zusammen.

Im Rennen blieb zunächst auch die «bedarfsorientierte Dienstpflicht». Sie würde für Männer und Frauen gelten – aber nur so weit, als es die Bedürfnisse der Armee und des Zivilschutzes erfordern. Ein ziviler Ersatzdienst aus Gewissensgründen wäre weiterhin möglich. Wegen der Verdoppelung bei der Zahl der Dienstpflichtigen könnten sich Armee und Zivilschutz die Leute aussuchen; wer nicht ausgewählt wird, müsste Ersatzabgaben zahlen.

Kritik an neuer Frauenpflicht

In einem Folgebericht des Verteidigungsdepartements vom Januar 2025 schnitt die bedarfsorientierte Dienstpflicht besser ab – vor allem, weil der Sollbestand für Armee und Zivilschutz stärker gesichert wäre und die Nettokosten für den Staat angesichts der breiteren Ersatzabgaben deutlich tiefer wären.

Doch politisch sieht das Bild ganz anders aus. Dies hatten schon Anhörungen für den Regierungsbericht von 2022 gezeigt. Die Idee von Dienstpflichtersatzabgaben für Frauen stiess auf Widerstand. Die Zeit für eine Dienstpflicht für Frauen sei «nicht reif». Frauenverbände betonten, dass zusätzliche Absenzen der Frauen vom Arbeitsplatz wegen einer Dienstpflicht zu verhindern seien.

So steht das Modell Sicherheitsdienstpflicht im Vordergrund. Nationalrat und Ständerat haben heuer je eine gleichlautende Motion unterstützt, die vom Bundesrat «schnellstmöglich» die Einführung der Sicherheitsdienstpflicht (nur für Männer) verlangt. Bei einem Volks-Ja zur Bürgerdienstinitiative müssten Bundesrat und Parlament über die Bücher.

La journée «Futur en tous genres» permet aux enfants de découvrir différents métiers hors de l'école

«Une journée primordiale»

GEOFFROY BRÄNDLIN

Interview ► Responsable en ressources humaines, vendeur, physiothérapeute, architecte, ingénieur... Ce jeudi 13 novembre, la journée «Futur en tous genres» permet à des milliers d'élèves suisses de 10 à 14 ans de découvrir très concrètement et hors de l'école des métiers généralement peu associés à leur genre. Dans ce cadre, ils peuvent accompagner leurs proches dans leur activité professionnelle ou participer à des ateliers. L'objectif de la démarche est d'aider les écoliers à découvrir leurs affinités professionnelles et à dépasser les stéréotypes.



«Un jeune imagine son avenir professionnel de manière logique dès 15 ans environ»

Valérie Camos

Initiative primordiale pour faciliter l'insertion professionnelle ou simple moment ludique? Interview avec Valérie Camos, professeure ordinaire en psychologie à l'Université de Fribourg.

Est-ce qu'un enfant peut déjà se projeter dans la vie professionnelle entre 10 et 14 ans?

Valérie Camos: Généralement, un jeune imagine son avenir professionnel de manière logique dès 15 ans environ. Pour en être capable, l'adolescent doit



Ce jeudi 13 novembre, des milliers d'enfants de nombreux cantons suisses découvriront divers métiers. CHARLY RAPPO-ARCHIVES

pouvoir jeter un regard critique et analytique sur son passé et sur son futur, mais aussi raisonner sur des notions abstraites, comme des idées et des hypothèses. Ce deuxième point est considéré en psychologie comme étant le plus haut niveau cognitif qui peut être atteint dans le développement d'un individu.

Les élèves participant à la journée «Futur en tous genres» sont plus jeunes. L'expérience est-elle moins profitable?

Non. Un humain ne sort pas d'un œuf à 15 ans. Toutes les expériences vécues durant l'enfance forgent une personne. Des expériences comme la jour-

née «Futur en tous genres» sont primordiales parce qu'elles vont nourrir la personne et ses réflexions, mais sans mettre une pression à l'élève. Il lui faudra encore du temps pour digérer ces expériences. Lui accorder ce temps est précieux parce qu'il n'existe pas de transformation rapide dans le processus de développement.

Certains estiment justement que l'école ne laisse pas assez de temps aux élèves en les orientant trop tôt. Est-ce le cas?

Si nous nous concentrons uniquement sur l'individu, l'orientation actuelle intervient un peu trop tôt dans le développement de leur projection future.

Mais il ne faut pas oublier que l'école a d'autres contraintes sociales, politiques et économiques. Et son rôle est aussi de développer et d'évaluer les compétences de base des enfants dans différentes matières. Et ce n'est pas possible de le faire en prenant en compte chaque individualité. Cela nécessiterait des moyens innommables. Chaque jeune n'atteint pas les mêmes stades de développement au même âge. Chez les personnes sans troubles diagnostiqués, certaines acquièrent des capacités de raisonnement logique à 15 ans, d'autres quelques années plus tard et d'autres présenteront toujours des difficultés sur ce point. Il est impossible

pour l'école de proposer un enseignement personnalisé.

Et les parents ont aussi un rôle à jouer dans l'orientation professionnelle des enfants...

Totalement. Ils sont les pourvoyeurs des informations et des exemples. Les enfants intègrent leur vision des métiers et l'image qu'ils donnent de leur pratique professionnelle. Pour aider leur fils ou leur fille, les parents peuvent les encourager à faire des stages et les mettre en contact avec des proches ou des connaissances travaillant dans différents milieux. Les expériences pratiques nourrissent la projection dans le monde professionnel. Et peuvent aussi aider à sor-

tir des stéréotypes de genres liés à certaines professions, comme essaie de le faire justement la journée «Futur en tous genres».

Quand ces stéréotypes sont-ils intériorisés?

Nous les intégrons par imprégnation quotidienne depuis notre naissance. Tous les jours, toutes les minutes. Si vous imaginez un passage à la caisse au supermarché, vous allez très probablement visualiser une rencontre avec une caissière sur la base de vos expériences. Ce n'est qu'à partir de 13 ans environ que l'enfant a la capacité de remettre en question ces schémas. Au même moment où il commence aussi à contredire ses parents par exemple. I

Une prime maladie en fonction du revenu séduit les Suisses

RÉFORMES Réalisé à l'occasion du Forum Santé, qui aura lieu le 25 novembre, notre sondage révèle que la population se montre critique envers le système de santé et veut des changements en profondeur. La confiance dans la qualité des soins et l'accès à ceux-ci s'effrite

ANNICK CHEVILLOT, BERNE

C'est la première fois que *Le Temps* sonde* la population sur un sujet de préoccupation majeure: la santé et son système. De la prévention à la qualité des soins en passant par les primes maladie, la numérisation du secteur et l'introduction du droit à la santé dans la Constitution, le sondage réalisé par l'institut M.I.S Trend révèle une forme de ras-le-bol.

Remettre la santé au cœur du système de santé passe par plusieurs réformes clés, appréciées favorablement par les sondés. A commencer par des primes maladie en fonction du revenu: 61% des participants verraient d'un bon œil une telle évolution. De quoi mettre du vent dans les voiles du Parti socialiste, qui vient de lancer une initiative à ce sujet.

La prévention

La moitié des participants (50%) se disent également intéressés par une prime maladie en fonction du comportement (activité physique, tabac, alimentation). Un résultat qui corrobore celui concernant la prévention: 64% estiment qu'elle relève de la responsabilité individuelle. Ceux qui en sont le plus convaincus (83%) sont les personnes âgées de 60 ans et plus.

La prévention est aussi un thème très politisé, source de division entre la gauche et la droite. Les premiers privilégiant

plutôt une intervention de l'Etat dans ce domaine grâce à la mise en place de politiques publiques, les seconds étant plus enclins à lier prévention et responsabilité individuelle. Les résultats du sondage révèlent une autre réalité: la majorité de la population, quelle que soit sa tendance politique, estime que ce sujet relève de la responsabilité individuelle. Une grande différence existe, en revanche, entre les différentes régions linguistiques du pays. Ainsi, 71% des Alémaniques, contre 63% des italophones et 48% des Romands, estiment que la prévention relève de la responsabilité individuelle.

La santé dans la Constitution

Une manière d'adresser ces questions serait de changer de paradigme. Actuellement, l'organisation et le financement des soins sont définis dans la loi fédérale sur l'assurance maladie (LAMal). Une loi fédérale sur la santé et une inscription du droit à la santé dans la Constitution permettraient de donner des moyens supplémentaires à la prévention. Ainsi, 54% des participants estiment que la santé devrait être inscrite dans la Constitution. Les jeunes de 18 à 29 ans se montrent les plus enthousiastes et les plus de 60 ans les plus frileux. Les italophones plébiscitent même un tel projet à 73%, ainsi que les Romands à 70%. Les Alémaniques (47%) se montrent, quant à eux, plus réticents.

Pour ce qui est d'une loi fédérale sur la santé, 48% des sondés y sont favorables contre 32% contre et 20% d'indécis. Là aussi, les Latins plébiscitent un tel projet, alors que les Alémaniques ne sont que 40% à y adhérer.

La qualité des soins

Un autre élément surprend. Il s'agit de la qualité des soins et de l'accès à

ceux-ci. La Suisse dispose d'un système de soins parmi les meilleurs du monde, selon de nombreuses études. Une qualité qui est régulièrement mise en avant pour expliquer, en partie, ses coûts importants. Les participants au sondage estiment de leur côté qu'il existe des inégalités dans l'accès aux soins en général (53%) et dans la qualité des traitements reçus (49%).

La numérisation de la santé

Le sondage a également permis de se pencher sur la numérisation du système de santé. Pour ce qui est de la sécurité des données, 45% font confiance aux prestataires de soins, 19% à l'Etat, 4% aux assureurs et 28% ne font confiance à aucun de ces acteurs.

Pour ce qui est des outils de santé connectés, 50% disent en utiliser. Une proportion plus importante chez les jeunes (59%) que chez les plus âgés (41%).

Enfin, l'intelligence artificielle dans le domaine de la santé est perçue autant comme une opportunité que comme un danger (43%). ■

*Méthodologie: Le sondage a été mené du 21 au 26 octobre 2025 auprès de 1349 personnes, réparties entre les régions linguistiques permettant d'obtenir un échantillon représentatif de la population suisse.

61%

des participants verraient d'un bon œil le calcul des primes maladie en fonction du revenu.

Face au déficit, Genève revoit son budget

FINANCES PUBLIQUES La marge de manœuvre du Conseil d'Etat serait, à ce stade, limitée aux charges non contraintes, soit 80 millions de francs. Sa réponse: le gel temporaire des embauches. La socialiste Carole-Anne Kast s'y est opposée

MARC GUÉNIAT

C'est lorsque les secousses surviennent que l'unité se fait plus rare. Ce mercredi, le Conseil d'Etat genevois a revu sa copie budgétaire pour 2026, ayant pris acte en octobre du déficit plus important que prévu, passé de 409 à 767 millions de francs, comme l'avait révélé *Le Temps*. Dans ces conditions, il y a eu désaccord sur les mesures à prendre et c'est la majorité qui l'a emporté: il n'y aura pas d'embauche de fonctionnaires, notamment dans la police et les écoles. Exit donc les 284 postes souhaités dans la sécurité, l'aide sociale et l'enseignement – les autres politiques publiques avaient déjà été priées de faire sans nouveaux arrivants. Seule la socialiste Carole-Anne Kast, chargée de la Sécurité, s'est opposée à la solution retenue.

Dans un communiqué, le gouvernement précise que sa marge de manœuvre «demeure étroite», limitée aux charges non contraintes, soit une paille symbolique de 80 millions de francs sur des charges totales de 11,2 milliards de francs, autrement dit 0,7%. Annoncé pour le printemps prochain, le plan d'économies structurelles ne déploiera ses effets, dans le meilleur des cas, qu'à partir de 2027, et nécessitera davantage de temps pour «porter ses fruits», prévient-il.

Un pari lancé avec «circonspection»

En attendant, les amendements soumis au Grand Conseil reviennent à aligner le budget 2026 sur celui de l'année en cours. C'est un peu comme si le Conseil d'Etat anticipait un refus du législateur, plaçant de fait le fonctionnement de l'Etat au régime des douzièmes provisoires. Conscient des limites de l'exercice, l'exécutif avertit déjà qu'il pourrait avoir recours «avec circonspection», durant l'année, aux crédits supplémentaires «si



La conseillère d'Etat Carole-Anne Kast refuse d'abandonner les 284 nouveaux postes prévus dans la fonction publique. (GENÈVE, 12 SEPTEMBRE 2024/MARTIAL TREZZINI/KEystone)

le bon fonctionnement de l'Etat devait être compromis». C'est un jeu que connaissent bien les Genevois, lorsque les députés rejettent, comme c'est fréquent, le budget, avant de ployer sous l'évidence dans l'intimité de la Commission des finances. C'est, semble-t-il, le pari que font certains magistrats: donner dans l'espoir de recevoir.

Car la question s'est posée: fallait-il laisser le Grand Conseil prendre ses responsabilités budgétaires ou déposer ces amende-

ments? Le gouvernement a choisi de se montrer plus royaliste que le roi en sabrant, d'où l'opposition de Carole-Anne Kast, qui explique sa position: «C'est une question de sincérité. Je ne peux pas avoir demandé des postes au plus près de ma conscience, comme les 40,5 postes dans la police afin de répondre aux besoins sécuritaires, puis dire deux mois après que ces besoins n'en sont plus. La responsabilité du gouvernement est de proposer un budget pour délivrer

les prestations. Si le Grand Conseil n'est pas de cet avis, à lui d'assumer qu'il n'y aura pas assez de policiers.»

Mercredi soir, la Commission des finances a déjà envoyé un signal clair sur les intentions du Grand Conseil, en votant contre ce nouveau budget.

Pour rappel, les revenus fiscaux ont été revus à la baisse en octobre, notamment dans le contexte morose dans lequel se déploient les entreprises exportatrices. De plus, la Commission des finances a

gelé le projet contraignant, pour 108 millions de francs, les communes à contribuer à la péréquation intercantonale dont Genève est devenu le premier contributeur du pays. C'est à retardement que ce mécanisme prend en compte l'exercice record qu'a connu le canton en 2022.

En parallèle, l'Administration fédérale des contributions a semé dès lundi un gros trouble sur la tenue des finances cantonales en annonçant que des «recettes sup-

plémentaires» comprises entre 600 et 800 millions de francs «provenant» de l'Etat de Genève allaient tomber dans l'escarcelle de la Confédération entre 2025 et 2028, dont 370 millions de francs l'an prochain. En ces temps d'austérité, la presse s'est félicitée du sourire retrouvé de la conseillère fédérale Karin Keller-Sutter et a compris que le «défaut de procédure» imputé à Genève en lien avec la facturation de l'impôt fédéral direct allait grever un peu plus le budget cantonal. *Le Temps* n'a pas échappé à cette vague, s'appropriant même à critiquer l'incurie des autorités genevoises.

«Je ne peux pas avoir demandé des postes, puis dire deux mois après que ces besoins n'en sont plus»

CAROLE-ANNE KAST,
CONSEILLÈRE D'ÉTAT SOCIALISTE

Or la parole officielle aussi doit être vérifiée. Car il s'avère que la Confédération a fait un bien mauvais usage de la sémantique, poussant le Département genevois des finances à témoigner de sa «grande incompréhension», et à apporter des «clarifications importantes» quant aux termes «inappropriés» utilisés. En réalité, il s'agit d'une affaire purement technique, n'impliquant pas de flux financiers supplémentaires entre les échelons cantonal et confédéral, comme le confirment – désormais clairement – les deux parties. Berne ne comptabilise ces «recettes» venues de Genève que lorsque les avis de taxation définitifs sont émis. Ce qui ne change rien pour Genève, c'est déjà ça. ■

La Ville compte geler les salaires des fonctionnaires

Comptes 2026 Après la non-entrée en matière du Municipal sur le premier projet de budget, la Ville a présenté une «version bis». Le déficit est désormais estimé à 69,3 millions.

Lorraine Fasler

La Ville de Genève a publié mardi – deux jours avant sa présentation officielle prévue à la presse – une nouvelle version de son budget 2026, élaborée à la suite du refus de la majorité de droite du Conseil municipal d'entrer en matière sur le premier projet. Rebaptisée «Version bis», cette mouture prend en compte les dernières prévisions cantonales d'octobre, qui anticipent une baisse des recettes fiscales de 28 millions pour la Ville et impose des coupes qui créeront assurément du remous.

Le déficit budgétaire s'élève désormais à 69,3 millions de francs, contre 62,1 millions dans le projet initial présenté en septembre (*ndlr: mais on avait craint un trou de plus de 90 millions fin octobre*). Le Conseil administratif annonce donc une série de mesures d'économie totalisant 21 millions de francs sur les charges.

Parmi elles, la nouvelle qui fera bondir les fonctionnaires de la Ville, à l'image de ceux du Canton: la suspension des mécanismes salariaux, à savoir un gel des annuités et l'absence d'indexation des salaires, soit une économie estimée à 8,2 millions, ainsi que le gel de 55 postes vacants (6 millions). Les frais de fonctionnement de l'administration sont également réduits de 5,3 millions, tandis que certaines subventions baissent de 1,8 million au total.

Résultats extraordinaires

Le secteur culturel est notamment concerné: les institutions percevant plus d'un million de francs de subventions annuelles verront leurs montants réduits d'environ 2%, comme le rapporte «Le Courrier». Sont notamment touchés le Mamco, le Théâtre du Grütli ou encore le festival La Bâtie. En revanche, les grandes institutions comme le Grand Théâtre, la Fondation d'art dramatique (Comédie et Poche), l'Orchestre de la Suisse romande et l'Orchestre de chambre de Genève sont légèrement moins touchées, leurs dotations ayant déjà été revues à la baisse lors du premier projet de budget.

«Cette situation marque la fin des résultats extraordinaires



Le gel des annuités et l'absence d'indexation des salaires permettraient d'économiser 8,2 millions de francs.

enregistrés dans les années post-Covid. La récente baisse d'impôts a par ailleurs un impact majeur sur la situation budgétaire», souligne le chef des Finances, Alfonso Gomez. L'Exécutif invoque aussi l'instabilité économique internationale pour justifier ses modifications.

La création de 121 nouvelles places d'accueil dans les crèches en 2026 est maintenue, tout comme le plan d'investissement fixé à 180 millions de francs, destiné à financer la transition écologique, la rénovation du parc immobilier, ainsi que le soutien à la culture, au sport et aux écoles.

Encore 20 millions à trouver

Les revenus nets de la Ville devraient atteindre 1,314 milliard de francs, pour 1,384 milliard de charges. Le Conseil administratif entend réviser son plan financier afin d'assurer un retour progressif à l'équilibre d'ici à 2033, mais prévient déjà que de nouvelles mesures structurelles d'économie seront nécessaires pour y parvenir.

«Le fait que le gouvernement ait trouvé des économies supplémentaires montre bien que nous avons raison de refuser le premier projet. Dos au mur, il a su faire des efforts, c'est un signal positif», estime Maxime Provini,

chef du groupe PLR Ville de Genève. L'élue municipale juge toutefois ces mesures «encore insuffisantes»: «Nous avons fixé le cap (*ndlr: par le biais du vote d'une motion*) à un déficit maximum de 49 millions, il reste donc près de 20 millions d'économies à trouver pour le Conseil administratif.»

S'il ne ferme pas totalement la porte à une entrée en matière, Maxime Provini reste sceptique: «Je ne me fais pas d'illusions, il est fort à parier que le budget sera à nouveau refusé.»

Réduire le déficit à 49 millions de francs semble compromis, reconnaît Daniel Sormanni. L'élue MCG salue l'effort du Conseil administratif, mais s'oppose, sans surprise, au gel des mécanismes salariaux. «On peut se demander si ce n'est pas une tactique de l'Exécutif, qui sait que la gauche et le MCG vont se battre pour les rétablir», lance-t-il. Reste à savoir où couper pour – peut-être – compenser ces 8 millions.

Un «virage austéritaire»

Le Parti socialiste de la Ville de Genève dénonce quant à lui un «virage austéritaire» de la part d'un Exécutif pourtant majoritairement de gauche et estime que la Ville pourrait supporter un déficit plus élevé afin de pré-

server les prestations publiques et les conditions de travail du personnel.

«Le Parti socialiste déposera des amendements pour protéger les conditions de travail de la Ville ainsi que les prestations publiques», prévient Amanda Ojalvo, cocheffe du groupe socialiste au Conseil municipal. Le groupe lie cette situation à la baisse d'imposition soutenue par la droite et votée en 2024 par la population, qu'il juge responsable d'un affaiblissement du budget de la Ville et d'une réduction des moyens alloués aux associations, à la culture et au sport.

Appel à la mobilisation

«Le Conseil administratif a capitulé sans combattre devant la droite», regrettent le groupe Ensemble à Gauche et l'Union populaire dans un communiqué. Celui-ci appelle la population à se mobiliser «contre cette politique d'austérité et à défendre les services publics et les salaires».

Le Conseil municipal se réunira le 17 novembre afin de renvoyer, ou non, cette nouvelle version du projet de budget 2026 en Commission des finances en vue des séances consacrées à ce sujet au mois de décembre. La prochaine plénière s'annonce chaotée.

Magdalena Martullo-Blocher nimmt das Erbe ihres Vaters an

Die Nationalrätin soll die SVP in den Kampf gegen die EU-Verträge führen – wie ihr das gelingt? Eindrücke aus Ramsey im Emmental

SAMUEL TANNER

Irgendwann werde sich das Problem von alleine lösen, dachten die Gegner von Christoph Blocher lange. Irgendwann sei auch die ewige Galionsfigur der SVP am Ende der Kräfte angelangt, und es verblasse der Geist von 1992, als Blocher durch die Hallen des Landes zog, bis er den EWR-Vertrag und die Classe politique gebodigt hatte.

Aber in dem Moment, in dem sich Christoph Blocher langsam zurückzieht, steht seine Tochter Magdalena Martullo-Blocher in der Halle einer Holzbaufirma in Ramsey im Emmental, um die SVP in den Kampf gegen die neuen EU-Verträge zu führen. Ramsey liegt weitab von den grossen Verkehrsachsen, aber an diesem Dienstagabend sind siebenhundert Leute gekommen. Das Rednerpult ist umgeben von einem Hellebarden-Heer, «Nein» prangt gross auf Plakaten, auf der Holzbühne erinnert singend schon der Jodlerklub Oberfrittenbach an die Idylle: «Mir hei hie s Paradies uf Ärde», «Mis Hüsi steit no zmitzt im Grüene».

Martullo-Blocher wird von der Moderatorin vorgestellt als «die Frau, deretwegen wir alle hier sind». Vor und nach ihr gibt es auch Programm, aber sie ist die Headlinerin dieses Abends, fünfzig Minuten lang wird sie reden. Anfangs scheint sie sich in der neuen Rolle selbst noch nicht zu trauen, «ich habe etwas Langes vorbereitet», kündigt sie an, «ich will schauen, ob ihr durchhaltet».

«Warum will die EU die Verträge?», fragt sie dann. «Sie will, dass die Schweiz gleich schlecht ist wie sie selbst.» In der Schweiz rentiere es noch, aber das wolle die EU ändern. «Und die Classe politique gibt diesem Druck nach.» Spätestens in dem Moment ist der blocherische Geist wieder da, übermittelt von der Erbfolgerin.

Eine spezielle Task-Force

Magdalena Martullo-Blocher werde die neue Galionsfigur gegen die EU-Verträge sein, heisst es in den Führungszirkeln der SVP. Als Milliarden-Unternehmerin sei sie am glaubwürdigsten, zudem habe sie natürlich den richtigen Namen. Bei einer Pressekonferenz der



Umgeben von Hellebarden zieht Magdalena Martullo-Blocher in Ramsey gegen die EU-Verträge ins Feld.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

SVP, an der neben ihr auch zehn weitere Nationalräte auftreten durften, gab der Fraktionschef Thomas Aeschi ihr als Erste das Wort. Die anderen SVPlern müssen sich ihren Platz erkämpfen. Der Parteipräsident Marcel Dettling etwa ist in Ramsey zwar auch präsent, aber nur als Pappkamerad mit Hellebarde beim Eingang. Im Sommer war es bereits Martullo-Blocher, die einen siebenteiligen Anti-EU-Podcast für die SVP aufnahm. Die Serie heisst «Seven Thinking Steps» – was an einen SRF-Dok-Film erinnert, der sie lange vor ihrer politischen Karriere zu einer Art Kultfigur gemacht hat («Do you know da seven sinking steps?»).

Der Auftritt in Ramsey ist organisiert von einer speziell gegründeten Anti-EU-Task-Force, die der langjährige Kampagnenchef des Bauernverbands lei-

tet. Der zackige Thurgauer Urs Schneider ist der wahrscheinlich erfolgreichste Campaigner der konservativen Schweiz. Die Kämpfe gegen die Trinkwasser- oder die Massentierhaltungsinitiative gewann er, indem er persönlich von Hof zu Hof fuhr, um zu kontrollieren, ob die Bauern die Abstimmungsplakate aufgehängt hatten. Das ist sein Spirit. In Ramsey hechtet er nach Martullo-Blochers Rede höchstpersönlich nach vorne, um die Bühne umzubauen. Eigentlich ist er inzwischen pensioniert, aber die SVP wollte ihn unbedingt in der Task-Force. Er will gleich vorgehen wie früher im Bauernverband, so erklärt er es: erstens so früh wie möglich mit der Informationsphase anfangen, zweitens die Narrative verankern, bevor dann drittens die Krönung folge: die Kampagne durchziehen.

Zur ersten Phase gehört der Podcast, mit dem die SVP noch während der Vernehmlassung die Parolen anderer Verbände und Parteien beeinflussen wollte. Und zu dieser ersten Phase gehören auch mehrere Grossevents mit Magdalena Martullo-Blocher. In Ramsey wird der Grossraum Bern abgedeckt, im Februar folgt ein ähnlicher Event in der Ostschweiz, im Mai einer in der Inner- schweiz. Jeder Abend hat sein eigenes Drehbuch, alles scheint generalstabsmässig geplant.

Der Vergleich hinkt

«Wie der Vater», sagt ein älterer Mann im Publikum, nachdem Martullo-Blocher den Bundesrat gezeisselt («Kein Land ist so dumm wie unser Bundesrat») und

vor den EU-Kontrolleuren gewarnt hat («Die haben es in sich!»). Der Vergleich wird sie weiter begleiten, auch wenn er hinkt. Noch ist unklar, ob die Tochter das Erbe des Vaters weiterzuführen vermag.

Er konnte eine ungeheure rhetorische Kraft entwickeln, indem er die Geschichte der Schweiz instrumentalisierte, indem er genauso höhnte und donnerte, wie er witzelte, und indem er von seinem Manuskript abwich, weil er vom Referieren ins Erzählen gekommen war. Er zog in seinem bäuerlichen Wankelgang durch die Mehrzweckhallen. Er konnte sagen, er wisse, wie man sich als Bauer fühle und wie als Exportunternehmer – und es stimmte beides.

Sie referiert in Ramsey in einem unerschütterlich monochromen Erläuterungssound. Ihre Erzählhaltung ist die der Erfolgsunternehmerin, die einfach nicht glauben kann, wie naiv um sie herum alle sind. Dieses Manuskript versucht primär die Überlegenheit der Rednerin zu unterstreichen. Aus dem Publikum kommt nach ihrer Rede dankbarer Applaus, aber man steht nicht dazu auf.

Am stärksten reagieren die Leute, als sie in der Fragerunde spontan antworten muss. Ein Mann aus der direkten Nachbarschaft scheint die EU ein bisschen verteidigen zu wollen. Zumindest berichtet er bestens gelaunt, er habe jahrelang beim Autofahren eine Brille tragen müssen, aber dank neuen EU-Regeln dürfe er jetzt im Alter darauf verzichten. «Früher, als Sie keine Brille brauchten, mussten Sie eine tragen. Und jetzt, da Sie eine brauchen, sollen Sie darauf verzichten?», gibt Martullo-Blocher zurück. Da sehe er mal, wie absurd die EU-Bürokratie sei! Das gibt Stimmung.

Am Ende will Magdalena Martullo-Blocher die Leute im Emmental noch beruhigen. Auch wenn es gerne anders dargestellt werde: Die Schweiz gehe nicht unter, wenn sie diese EU-Verträge ablehne. Ihr Argument dazu? Die Abstimmung über den EWR im Jahr 1992. «Schon damals hiess es: «Volksverhetzer Blocher führt die Schweiz in den Untergang.» Und was sei stattdessen passiert? «Wir machten neue Verträge, waren pragmatischer, schlauer.» Wie es gestern war, soll es auch morgen sein. Der Vater bürgt für die Tochter. So kann sie weitermachen.

Une initiative populaire veut taxer les billets d'avion

Protection du climat Le texte est prévu pour 2026. À la manœuvre: actif-trafiC, qui estime que le secteur profite d'avantages indus. L'argent irait aux transports durables.

Florent Quiquerez Berne

Vous avez aimé le débat sur la taxe sur les billets d'avion? Tant mieux, il fait son grand retour. Une initiative populaire est actuellement en préparation et sera officiellement lancée en 2026. Le texte, dont nous avons pu consulter les grandes lignes, vise à stopper la croissance du trafic aérien et à rendre les transports publics plus attractifs.

Derrière ce projet, on trouve actif-trafiC. L'organisation, qui milite depuis plus de trente ans pour une mobilité écologique, s'est fait connaître dans toute la Suisse lors de la campagne contre l'extension des autoroutes. Cette dernière rappelle que, malgré l'urgence climatique, le trafic aérien explose.

Le fait que les compagnies bénéficient d'une exonération de la taxe sur le kérosène et de la TVA est jugé comme une concurrence déloyale, qui fausse le marché et freine le développement du transport ferroviaire. Pour corriger cette situation, les initiateurs veulent donc créer une taxe sur les billets d'avion.

Si le montant n'est pas encore arrêté, l'idée est de fixer le prix selon le principe du pollueur-payeur. Les personnes qui prennent souvent l'avion, parcourent de longues distances ou choisissent des classes luxueuses paieraient davantage. Les jets privés ou d'affaires seraient encore plus lourdement taxés.

Les recettes ainsi générées seraient majoritairement reversées à la population, par exemple sous forme de bons, pour encourager l'utilisation des transports publics. Une partie de l'argent servirait aussi à développer des offres ferroviaires plus attrayantes pour les voyages internationaux, notamment les trains de nuit.

L'initiative populaire comme dernier recours

Si les partisans de ce changement de paradigme ont décidé de lancer une initiative populaire, c'est qu'ils estiment que ni le Conseil fédéral ni le parlement ne sont prêts à réduire efficacement les émissions de gaz à effet de serre liées au trafic aérien et à respecter les objectifs climatiques de la Suisse. Actif-trafiC précise mener actuellement des pourparlers avec diverses personnes et organisations afin de forger une alliance la plus large possible.

Parmi les personnalités qui soutiennent le projet figure Christophe Clivaz (Les Verts/VS). «Les



La bataille autour de la taxe sur les billets d'avion est encore loin d'être terminée, et passera probablement par une initiative populaire. Jean-Paul Guinnard

gens ne le savent peut-être pas, mais l'aviation représente un quart des émissions de CO₂ de la Suisse, détaille le conseiller national. Or, ce secteur est lui aussi soumis à la loi qui vise à atteindre le zéro net d'ici à 2050. Si on parle régulièrement de carburant synthétique, on sait qu'il faudra attendre au moins dix ans avant de pouvoir compter dessus et que la quantité disponible ne sera pas suffisante. D'ici là, il faut trouver comment réduire cette empreinte carbone. C'est là que l'idée de cette taxe devient intéressante.»

Interdire et taxer, est-ce le message qu'il faut comprendre derrière cette initiative? Christophe Clivaz s'en défend: «L'idée est d'utiliser les revenus de la taxe pour les redistribuer à la population, notamment via des bons de mobilité. Cela permettrait de corriger les avantages fiscaux dont bénéficie l'aviation et de rendre les transports publics, surtout le train, plus attractifs. Nous ne voulons pas empêcher les gens de voyager, mais les encourager à privilégier les moyens de transport qui n'impactent pas le climat. Ce n'est pas normal que l'avion soit meilleur marché que

le train pour se rendre dans une capitale européenne.»

Les comportements excessifs plus taxés

Le Valaisan insiste aussi sur le fait que ce sont les comportements les plus excessifs qui seront les plus lourdement taxés, et non ceux de voyageurs qui prennent l'avion occasionnellement. «La grande majorité de la population recevrait plus qu'elle ne paierait. Une famille qui part une fois par an au Portugal ne serait donc pas pénalisée. Certes, elle paierait plus cher son billet d'avion, mais profiterait, comme le reste de la population, de bons pour les transports publics. Sur le plan financier global, elle s'y retrouverait.»

Christophe Clivaz ne craint pas non plus de créer une nouvelle concurrence entre les aéroports suisses et ceux des pays voisins. «Le risque est minime, d'abord parce qu'aller à Lyon, Munich ou Milan prend du temps et coûte de l'argent, sans doute plus que la taxe qui sera appliquée. D'autant que plusieurs pays européens connaissent déjà des taxes sur les billets d'avion.»

Ce n'est pas la première fois qu'une telle taxe est proposée. Elle figurait déjà parmi les mesures prévues dans la loi CO₂, rejetée en 2021 par la majorité de la population. Pourquoi les Suisses accepteraient-ils demain ce qu'ils ont refusé il y a quatre ans? «Je ne suis pas sûr que cette mesure ait précipité le rejet de la loi, répond Christophe Clivaz. Je pense que c'est plutôt la hausse de l'essence qui a été l'élément rédhibitoire. En tout cas, c'est ce qui revenait le plus souvent dans mon canton. Taxer les billets d'avion est une mesure qui suscite moins de rejet. Plusieurs enquêtes d'opinion ont d'ailleurs

montré que la population y est favorable.»

Reste enfin une question: la Constitution est-elle vraiment le bon endroit pour inscrire une taxe sur les billets d'avion? Christophe Clivaz répond non sans hésiter. «Mais c'est notre système qui veut cela. Quand le parlement refuse de bouger sur un dossier, la seule façon pour le peuple de le forcer, c'est de passer par une initiative populaire.» Et de glisser que si le Conseil fédéral ou les Chambres ne veulent pas d'une telle inscription dans la Constitution, ils auront toujours la possibilité de proposer un contre-projet.

Pas sûr, toutefois, que la majorité bourgeoise soit réceptive à cet appel du pied. Alors que les CFF annoncent une nouvelle liaison en train de nuit entre Bâle et Malmö en Suède – soit précisément le genre d'alternative que souhaitent soutenir les initiateurs –, une alliance est en train de se former à Berne pour torpiller le projet, jugé trop coûteux en subventions publiques. La bataille autour de la taxe sur les billets d'avion risque donc bien de se jouer devant le peuple. Et le débat d'être explosif.

«Les gens ne le savent peut-être pas, mais l'aviation représente un quart des émissions de CO₂ de la Suisse.»

Christophe Clivaz
Conseiller national (Les Verts/VS)

Souveraineté numérique: attention au mirage américain

INFRASTRUCTURES Les géants états-uniens du secteur multiplient les investissements massifs en Europe sans cesser de mettre en avant leur apport à son indépendance technologique. Mais il n'en est rien

ANOUGH SEYDTAGHIA

Il devient compliqué de suivre le rythme, tant les annonces s'enchaînent à un rythme effréné. Jour après jour, les géants américains de la technologie multiplient les promesses d'investissements en Europe. A coups de dizaines de milliards de dollars, ils empilent les annonces pour les créations de nouveaux centres de données sur le continent. Ils ne se contentent pas de cela: souvent, ils les saupoudrent de déclarations enflammées pour le continent, assurant contribuer à sa souveraineté numérique. On va le voir, il s'agit d'un écran de fumée.

Mardi, Microsoft annonçait par exemple l'investissement de 10 milliards de dollars dans un mégacentre de données au Portugal pour développer ses infrastructures dédiées à l'intelligence artificielle (IA). En son cœur œuvreront 12 000 puces de Nvidia. La veille, c'est Google qui s'illustrait. Il présentait un plan d'investissement de 5,5 milliards d'euros qui s'étendra jusqu'en 2029, avec là aussi la création d'un nouveau centre de données. Ce sera «le plus grand programme d'investissement de Google à ce jour en Allemagne» a annoncé Google.

Ce n'est pas tout. Il y a deux semaines, Amazon annonçait plus de 1,4 milliard d'euros aux Pays-

Bas, là aussi autour de l'intelligence artificielle. Et en septembre dernier, Google et Microsoft avaient annoncé des investissements massifs en Grande-Bretagne en parallèle à la visite de Donald Trump sur place: 6,8 milliards de dollars en deux ans pour le premier, 30 milliards de dollars pour le second d'ici à 2028.

On pourrait allonger la liste, mais intéressons-nous maintenant aux propos tenus en marge de ces annonces. «Un avenir numérique souverain doit être construit en Europe, pour l'Europe. Cela suppose des investissements profonds et structurels dans les économies locales, la création d'emplois et un écosystème technologique européen dynamique», affirmait Marianne Janik, vice-présidente de Google Cloud pour l'Europe du Nord, lors de l'annonce pour l'Allemagne.

Abus de langage

Le 5 novembre, Microsoft annonçait «une nouvelle vague de capacités de souveraineté pour l'Europe et la Suisse». Le groupe établissait un «conseil d'administration européen, composé exclusivement de ressortissants européens, supervisant toutes les opérations des centres de données conformément au droit européen, plaçant ainsi l'infrastructure cloud de l'Europe entre les mains des Européens». En juillet, Brad Smith, président du groupe, avait asséné ceci: «Nous nous engageons sans réserve à défendre la souveraineté et les données européennes».

Ces affirmations devraient être comme du miel aux oreilles des

dirigeants politiques européens conscients du retard du continent en matière d'infrastructure cloud. Mais l'emploi à outrance du mot «souveraineté» dans la communication des géants américains est une vaste supercherie. Comment qualifier ces infrastructures de souveraines pour l'Europe alors qu'elles demeurent totalement sous le contrôle de Microsoft, Google ou Amazon? En réalité, quand ces empires du numérique parlent de «souveraineté numérique européenne», ils veulent dire «hébergement local et conformité apparente», pas indépendance juridique ni autonomie technologique.

Personne ne peut rivaliser avec les «hyperscalers»

Pourquoi autant de centres de données sont-ils créés ici? Car la demande sur le continent est forte: posséder une infrastructure proche de 400 millions de consommateurs du continent réduit le temps de latence. Il y a une logique économique à investir autant en Europe. Mais attention: ces dépenses sont sans commune mesure avec les centaines de milliards de dollars dépensés sur sol américain dans de gigantesques centres de données.

Il faut aussi fortement relativiser la notion de contrôle des données. Certes, Microsoft, Google et Amazon, avec leurs nouvelles capacités sur le continent, peuvent garantir que ces données restent phy-

siquement en Europe. Mais elles demeurent sous le contrôle de ces géants, qui restent soumis au fameux Cloud Act américain, pouvant les forcer à divulguer des données sur demande de Washington. A priori, posséder un conseil d'administration 100% européen n'y change rien: Microsoft reste bel et bien américain.

De la poudre aux yeux

Il y a certes des alliances entre firmes américaines et acteurs européens. On a ainsi vu, début novembre, Nvidia et Deutsche Telekom annoncer une «usine IA souveraine» en Allemagne pour 1 milliard d'euros. Certes, l'opérateur allemand semble avoir le contrôle de ce centre. Mais la dépendance aux puces de Nvidia demeure totale. Et Deutsche Telekom n'aura à lui seul pas la possibilité de régater avec les géants américains du cloud.

Ce qui nous amène au dernier point, celui de l'échelle. Aujourd'hui, aucun acteur 100% européen, tels OVH, Exoscale, Orange ou l'initiative européenne Gaia-X, n'a la puissance d'un Amazon ou Microsoft. La présidente de la messagerie Signal, Meredith Whittaker, le reconnaissait récemment: pour assurer un service de qualité au niveau mondial, personne ne rivalise avec ces géants, appelés *hyperscalers*.

Bien sûr, les acteurs européens peuvent se renforcer, des alliances continentales peuvent se concrétiser. Mais aujourd'hui, lorsque les multinationales américaines viennent dire en Europe qu'elles renforcent sa souveraineté numérique, ce n'est que de la poudre aux yeux. Ou un marketing très léché. Rien d'autre. ■

Un «bouclier démocratique» contre la désinformation

UNION EUROPÉENNE Bruxelles veut aller de l'avant pour lutter contre les interférences étrangères et la manipulation d'opinions, notamment à travers un nouveau «centre pour la résilience démocratique». Moscou est visé, alors que la menace chinoise est à peine évoquée

VALÉRIE DE GRAFFENRIED, BRUXELLES

Un «bouclier démocratique» pour se prémunir de la «guerre d'influence» menée par la Russie contre l'Europe? C'est ce qu'a proposé la Commission européenne hier. Si l'exécutif bruxellois réfléchit à un «mur antidrones» en réaction à des incursions répétées de la part de Moscou dans l'espace aérien européen, il cherche également à lutter contre des agressions plus sournoises et moins visibles. Des ingérences au niveau des processus électoraux, la manipulation d'opinions, la diffusion d'«informations trompeuses» ou encore la falsification de faits historiques pour «chercher à éroder la confiance dans les systèmes démocratiques».

Aides financières pour les médias

Les exemples sont multiples. Il y a, entre autres, eu le psychodrame de l'élection présidentielle en Roumanie le 24 novembre 2024, qui a permis au candidat d'extrême droite Calin Georgescu, un ultranationaliste pro-russe, d'arriver en tête au premier tour grâce à un matraquage sur TikTok et de forts soupçons d'ingérences russes. Le Kremlin a qualifié ces accusations d'«attaques hostiles totalement infondées» et dénoncé un climat «d'hystérie anti-russe inédit». La Cour constitutionnelle roumaine a décidé d'annuler le scrutin. Au final, une nouvelle élection a eu lieu en mai 2025 et c'est le candidat pro-UE, Nicușor Dan, ancien maire de Bucarest, qui a remporté la mise face au candidat d'extrême droite George Simion.

Autre exemple: la Moldavie. La présidente Maia Sandu a fini par se faire

réélire en novembre 2024 mais dans un contexte de désinformation et de tentatives de déstabilisation maximales, entre achats de votes, menaces de mort, cyberattaques et «transports organisés» d'électeurs. Son parti pro-européen PAS a remporté les élections législatives en septembre dernier, malgré l'ombre de Moscou. Le président du Conseil européen, Antonio Costa, a félicité les Moldaves qui «ont choisi la démocratie, la réforme et un avenir européen, face à la pression et à l'ingérence de la Russie».

C'est peu après ces scrutins contestés et l'annulation du scrutin roumain que le vice-président américain J. D. Vance a choqué les dirigeants européens lors de la Conférence sur la sécurité de Munich, en février 2025, pour affirmer que le danger pour l'UE ne venait pas de la Chine ou de la Russie, mais plutôt de l'intérieur, via la censure et la répression des voix dissidentes.

De vastes réseaux clandestins

Les constats d'ingérences étrangères sont là, reste à être en mesure de réagir efficacement. La présidente de la Commission européenne, Ursula von der Leyen, avait déjà articulé l'idée d'un «bouclier démocratique» en mai 2024, à la veille des élections européennes qui se sont soldées par une forte poussée de l'extrême droite. Et en mai dernier, une conférence FIMI (pour Foreign Information Manipulation and Interference) a réuni à Bruxelles 250 experts pour réfléchir aux meilleurs moyens de contrer ces menaces. Parallèlement, le Service européen pour l'action extérieure (SEAE), dirigé par la cheffe de la diplomatie Kaja Kallas, a publié un nouveau rapport et cartographié les incidents. En confirmant que la Russie et la Chine ont recours à des instruments toujours plus sophistiqués et à un «arsenal numérique massif» pour «manipuler les démocraties occidentales». Le rapport soulignait que ces actes s'appuient sur de «vastes canaux clandestins aux connexions

cachées, tels que Doppelgänger, African Initiative, Portal Kombat ou False Façade».

Concrètement, la Commission travaille autour de trois axes: la lutte contre la désinformation et la préservation de l'espace informationnel, le renforcement de l'intégrité des élections et des institutions démocratiques et, enfin, la sensibilisation des citoyens. Elle propose notamment des aides financières pour les médias actifs dans des pays membres de l'UE ou candidats où la défense de la démocratie est la plus chahutée. Une manière de lutter contre les «déserts médiatiques» et éviter la disparition de médias ou fusions inopportunes mettant à mal le pluralisme des opinions.

Autre mesure: créer un «centre européen pour la résilience démocratique», pour mieux coordonner les efforts de lutte contre la désinformation et les ingérences étrangères sur le continent, alors que plusieurs pays ont déjà des instances nationales. Une première tentative bruxelloise a eu lieu en 2019, à travers un «système d'alerte rapide». Sans succès. Cette fois, les institutions de l'UE, les Etats membres mais aussi les pays candidats ou potentiellement candidats devraient être impliqués, sur une base volontaire.

Fatigue informationnelle

Bruxelles compte également combattre la violence contre les journalistes et le personnel politique, monter un réseau indépendant de vérificateurs de faits (fact-checkers) et coordonner un réseau d'influenceurs sur les réseaux sociaux pour mieux sensibiliser le public. Les cyberattaques et le développement accéléré de l'intelligence artificielle préoccupent particulièrement Bruxelles. Ce «bouclier», couplé à une «stratégie de l'UE pour la société civile», repose sur des bases existantes, comme les législations sur le numérique.

Emmanuel Macron a de son côté choisi ce même jour pour entamer son «tour de France» centré sur les enjeux démocratiques à l'épreuve des réseaux sociaux et

des algorithmes. Le président français a lancé son programme depuis Toulouse.

Si dans l'ensemble, la nouvelle mission que se donne la Commission est saluée, des critiques émergent aussi. Les lenteurs de Bruxelles, qui n'a pas encore sanctionné le réseau social X accusé d'entraves répétées aux règles européennes sur le numérique, sont souvent pointées du doigt. «On ne peut pas avoir une enquête sur X qui est bouclée depuis aussi longtemps et ne pas en connaître les résultats ni les conséquences», a déploré auprès de l'AFP l'eurodéputée française Nathalie Loiseau (Renew), par ailleurs présidente de la commission spéciale sur le bouclier européen pour la démocratie.

De leur côté, Reporters sans frontières et l'Union européenne de radiotélévision (UER) se sont fendus d'une lettre ouverte, pour maintenir la pression. «Les sociétés libres reposent sur un socle commun de faits vérifiables. Sans cela, le débat démocratique se transforme en bruit, les gens se replient dans des «bulles» irréciliables et l'extrémisme prospère en même temps que la fatigue informationnelle», écrivent-ils. Ils demandent notamment d'exiger que les algorithmes des réseaux sociaux accentuent la visibilité des contenus issus de sources fiables d'information au lieu de favoriser la désinformation et la propagande. Ou encore de mieux réguler les services reposant sur l'intelligence artificielle «de façon qu'ils répondent à des exigences minimales en termes de pluralisme et d'intégrité de l'information».

«Défendre la démocratie est notre première ligne de défense contre l'affrontement politique croissant, les conflits régionaux et mondiaux et les perturbations technologiques rapides», a insisté hier, depuis Bruxelles, Michael McGrath, le commissaire européen à la Démocratie, à la Justice, à l'Etat de droit et à la Protection des consommateurs. «La démocratie n'est pas une destination, mais un engagement quotidien, qui exige un renforcement et un renouvellement constants.» ■